Littering Liegen gelassene Abfälle und leichte Sachbeschädigungen rund um Schaffhauser Kindergärten sind keine Seltenheit. **Region Seite 19**

Bereits an der Spitze Trainer David Eichenberger spricht über die rasante Entwicklung des Rugbyclubs Schaffhausen. **Sport Seite 25**

Ausbau Harry Hohmeister, CEO der Fluggesellschaft Swiss, will den Billigfliegern Konkurrenz machen. Wirtschaft Seite 6

Schaffhauser Rachrichte

Region

Sicherheit der Atomanlagen

SCHAFFHAUSEN Die Schweizerischen Kernkraftwerke seien heute um ein Vielfaches sicherer als zum Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme das sagte der Direktor des Eidgenössischen Nuklearinspektorates, Hans Wanner, vor dem kritischen Publikum der Senioren-Universität. Das Ziel sei erreicht, wenn sich die Bevölkerung sicher fühle. Seite 17

Ausland

Krise der BBC weitet sich aus

LONDON Im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal in der BBC haben sich zwei weitere leitende Mitarbeiter des britischen Senders zurückgezogen. Nachrichtenchefin Helen Boaden und ihr Vize Stephen Mitchell lassen ihre Ämter ruhen, wie die BBC gestern mitteilte

Seite 3

Wirtschaft

USA bald grösster Erdölproduzent

LONDON Die USA als grösste Volkswirtschaft der Welt werden bis 2017 zum grössten Ölproduzenten und schon bis 2015 zum grössten Gasproduzenten der Welt aufsteigen. Die USA würden gemäss einer Studie dann vom Importeur von Energie zum Exporteur und damit quasi autark.

Seite 6

Gsaat isch gsaat

«Das System funktioniert nicht»

Thomas Wetter P-Kantonsrat, zum heutigen Lohnsystem

des Kantons





Breitequartier soll entlastet werden

Mit dem Parkierungskonzept

Breite soll die Parkplatzsituation zugunsten der Anwohner entschärft werden.

VON DANIEL JUNG

SCHAFFHAUSEN Der Schaffhauser Stadtrat hat das Parkierungskonzept Breite beschlossen. Ab dem 1. Juni 2013 werden die Quartierstrassen im Zentrum der Breite und im Gebiet Steig als Parkkartenzone signalisiert. Anwohner können für 35 Franken im Monat eine Dauerparkkarte erwerben. Für Gäste und Handwerker können sie bei der Polizei bis zu zwei Besucherparkkarten gratis beziehen. Mitarbeitende von Betrieben in diesem Bereich können ebenfalls für 35 Franken im Monat unlimitiert parkieren, wenn sie in einem Gesuch darlegen, dass sie etwa wegen Schichtarbeit nicht mit dem ÖV zur Arbeit reisen können. Diese Gewerbegebühr hat der Stadtrat im Vergleich zu ursprünglichen Plänen reduziert.

Alle auswärtigen Personen können ihr Fahrzeug mit einer Parkscheibe für bis zu 90 Minuten gratis abstellen. Sämtliche öffentlichen Parkfelder werden ab dem 1. Juni 2013 gebührenpflichtig. Mit den Parkkartenzonen soll das Abstellen von quartierfremden Fahrzeugen zugunsten der Anwohnerinnen und Anwohner und zum Schutz der Wohngebiete eingeschränkt werden.

«Autofeindliche Strategie»

«Wir finden das grundsätzlich nicht gut», sagte Christian Mundt, Präsident der Stadtschaffhauser Jungfreisinnigen. «Das bringt wiederum mehr Verwaltung und Bürokratie für die Stadt sowie mehr Umtriebe für die Bewohner», sagte Mundt. Das Vorgehen des Stadtrats bedrohe insbesondere die

gewerbliche Vielfalt der Schaffhauser Quartiere.

Der Stadtrat erklärt, die neue Regelung lehne sich an ähnliche Modelle an. die sich bereits in verschiedenen Schweizer Städten bewährt hätten. «Die 35 Franken pro Monat sind zwar höher als die Gebühr in Zürich, aber tiefer als in vielen anderen Städten», sagte Stadtrat Peter Käppler. Auch koste eine Bewilligung zum Nachtparkieren ab nächstem Jahr in der ganzen Stadt 35 Franken. Bewährt sich das neue System, soll es auch in den anderen Quartieren der Stadt Anwendung finden. Weiterer Bericht auf Seite 19

ATP-Masters Roger Federer unterliegt Novak Djokovic im Finale



Eine bittere Niederlage hat Roger Federer gestern im Finale des ATP-Masters erlitten. Der Schweizer unterlag dem Serben Novak Djokovic mit 6:7 (6:8) und 5:7. Federer startete stark, holte zu Beginn der Partie gleich acht Punkte in Folge und lag so mit Break vorn. Danach kam Djokovic besser ins Spiel, holte sich das Aufschlagspiel von Federer zum 2:3 und zum 5:4. In

der Endphase des 1. Satzes zeigten beide Spieler hochklassiges und temporeiches Tennis. Das Tiebreak entschied die Weltnummer 1 für sich. Im 2. Satz sah es danach aus, als ob Federer noch ins Spiel zurückfinden

würde. Doch er vergab zwei Satzbälle, Djokovic kam zurück, holte sich gleich danach das Break und verwertete den ersten Matchball zum 7:5.

Nicht generell höhere Löhne

Der Kantonsrat lehnt automatische Lohnerhöhungen für Staatsangestellte ab.

VON ZENO GEISSELER

SCHAFFHAUSEN Die Angestellten des Kantons Schaffhausen erhalten keinen Rechtsanspruch auf höhere Löhne. Der Schaffhauser Kantonsrat hat gestern die Volksmotion «Für ein gerechtes Lohnsystem mit Zukunft» mit 31 zu 20 Stimmen abgelehnt.

Die Motion hatte verlangt, dass Staatsangestellte mit zufriedenstellenden und guten Leistungen per Gesetz ein Recht auf jährliche Lohnerhöhungen erhalten. In finanziell schlechten Jahren hätte die Erhöhung zwar ausgesetzt werden können, sie hätte aber

später nachgeholt werden müssen. Die Motion wurde von Links-Grün unterstützt, die bürgerliche Ratsmehrheit lehnte sie ab, genau wie auch die Kantonsregierung.

Die Fürsprecher der Volksmotion argumentierten, dass das heutige System nicht funktioniere. Es werde suggeriert, dass man bei guter Leistung auf das Maximum kommen könne, was in der Realität aber schlicht nicht möglich sei. Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel konterte, jedes System funktioniere nur, wenn es mit genügend Mitteln versorgt werde. Das System an sich sei nicht falsch; wenn der Kantonsrat der Meinung sei, die Staatsangestellten müssten höhere Löhne erhalten, müsse er eben die entsprechenden Gelder sprechen.

Noch nicht vom Tisch

Der Erstunterzeichner der Volksmotion, Kantonsschullehrer Walter Vogelsanger, hatte die Ablehnung erwartet. Die Forderung sei aber noch nicht vom Tisch, sagte er gestern auf Anfrage der SN. Da er in der neuen Legislaturperiode ab 1. Januar ebenfalls Mitglied des Kantonsrats werde, behalte er sich weitere ähnliche Vorstösse vor.

Weitere Berichte und Kommentar auf Seite 15

Deutschland

Steuerfahnder machen Razzia bei **UBS-Kunden**

DÜSSELDORF/ZÜRICH Steuerfahnder haben gestern in ganz Deutschland Firmen und Privathäuser von deutschen Kunden der UBS durchsucht. Betroffen seien zahlreiche Verdächtige, die Steuern hinterzogen haben könnten, sagte der Bochumer Oberstaatsanwalt Bernd Bieniossek. Über die Razzia hatten gestern deutsche Medien berichtet. Nach deren Informationen ist eine Steuer-CD Grundlage für diese Aktion. Das Finanzministerium des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen habe sie vor drei Monaten über Fahnder aus Wuppertal angekauft. Staatsanwälte und 50 Steuerfahnder aus mehreren Bundesländern seien im Einsatz, sagte Bieniossek. Zu dieser jüngsten Razzia deutscher Steuerfahnder erklärte die UBS, man unterstütze «das Anliegen zur Steuerehrlichkeit» bei deutschen Kunden. Zur Lösung der Altgelderfrage habe die UBS mehrfach klargemacht, dass sie die Abgeltungssteuer in der aktuell vorliegenden Fassung des Steuerabkommens zwischen der Schweiz und Deutschland voll und ganz unterstütze.

Das Steuerabkommen mit der Schweiz dürfte im deutschen Bundesrat (Länderkammer) nun noch schlechtere Chancen haben, angenommen zu werden. (r.)

ANZEIGE



Amtliches Publikationsorgan von Schaffhausen, Neuhausen am Rheinfall, Stein am Rhein und Thayngen. Redaktion, Abonnemente, Inserate: Vordergasse 58, 8200 Schaffhausen. Telefonzentrale 052 633 3111 Internet www.shn.ch. Fax Redaktion 052 633 34 01. Telefon Aboservice 052 633 33 66. Fax Aboservice 052 633 34 06. Fax Anzeigen 052 633 34 02. E-Mail: anzeigen@shn.ch

IG Rundbuck Die IG Rundbuck zieht eine positive Jahresbilanz und wählt Patrick Wickli in den Vorstand. Region Seite 18

Fukushima Der direkt betroffene Kazuhiko Kobayashi referierte in Benken gegen die Atomkraft. Weinland Seite 23

Region 15

Gestern im Kantonsrat

Vorsitz Hans Schwaninger (SVP)

▶ Der Kantonsrat hat die Beratungen zur Volksmotion «Für ein gerechtes Lohnsystem mit Zukunft» fortgesetzt. Das Begehren wurde mit 31 zu 20 Stimmen abgelehnt.

► Das Parlament hat die **Teilrevision** des Wasserwirtschaftsgesetzes in ersterLesung behandelt. Das Geschäft geht zur Vorbereitung der zweiten Lesung nun zurück in die Kommission.

Sätze zur Situation

Daniel Fischer

«Wenn FDP-Steuersenkungsfetischisten ein Lohnsystem ändern wollen, dann sicher nur, um zu sparen.»

Patrick Strasser

«Ich gehe davon aus, dass bei der grossen SVP und der nicht mehr so grossen FDP schon entschieden ist, dass man der Motion zustimmen will.» (Kommentar zum Schweigen der Bürgerlichen zur Volksmotion)

Iren Eichenberger

«Ich zitiere mich ungern selber, aber ich mache es jetzt trotzdem.»

Lorenz Laich

«Ich empfehle den Leuten beim Staat, in die Privatwirtschaft zu gehen. Da werden die Leute um 17 Uhr informiert, dass sie noch Arbeit bis März haben und dann ein Teil der Belegschaft entlassen wird.»

Rosmarie Widmer Gysel

«Den Sack schlägt man und meint den Esel.»

Bernhard Müller

«Wir haben offenbar schweizweit gesehen einen allzu schnellen Baudirektor.»

Alfred Tappolet

«Wenn Sie Natur wollen, dann kostet

diese Natur auch etwas.»

Erich Gysel

«Viele, die die Natur schützen wollen, vergessen dabei den Menschen.»

Urs Capaul «Die Kinder spielen dort, wo die Chä-

ferli sind und wo man dreckeln kanr und nicht dort, wo betoniert wurde.»

Reto Dubach

«Mit dieser Vorlage erlegen wir drei Fliegen auf einen Schlag.»

Alfred Tappolet

«Das lasse ich mir von einem Baudirektor nicht sagen, die Landwirtschaft wolle betreffend Gewässer revitalisierung nichts!» (Zwischenruf Reto Dubach: «Sie will diese Revision nicht!»)

Bernhard Egli

«Wir können dieses hehre Ziel nicht in die Praxis umsetzen.»

Peter Käppler

«Bei uns liebt man es nicht, wenn der Kanton zu viel Einfluss auf die Gemeinden nimmt.»

Reto Dubach

«Es erstaunt mich schon, wie wenig der Kantonsrat den Gemeinden zutraut.»

Jürg Tanner

«Die Ingenieure bauen einfach gerne und haben gerne viel Beton.»

Thomas Hauser

«Es nützen alle Schutzmassnahmen nichts, wenn sich der Rheingletscher in ein paar Tausend Jahren wieder in Richtung Rathauslaube ausdehnt.»

Alfred Tappolet

«Ich bin froh, habe ich etwas juristische Verwirrung geschaffen.»



Walter Vogelsanger (links) hat am 13. April die Volksmotion an Ratssekretärin Erna Frattini überreicht. Rechts Kurt Altenburger (Co-Präsidium des Komitees) und Roland Kammer, Präsident des Lehrervereins Schaffhausen.

Lohnmotion chancenlos

Von Gesetzes wegen jährlich mehr Lohn für die Staatsangestellten haben die Unterzeichner einer Volksmotion verlangt. Vergebens.

VON ZENO GEISSELER

Viele Staatsangestellte sind mit dem Lohnsystem des Kantons nicht zufrieden. Fast 900 Personen haben eine Volksmotion unterzeichnet, welche eine Anpassung des Personalgesetzes verlangt. Mitarbeiter mit zufriedenstellenden und guten Leistungen sollen einen gesetzlichen Anspruch auf mehr Lohn erhalten.

Vor zwei Wochen hat der Kantonsrat mit der Beratung des Begehrens begonnen, gestern ist es zum finalen Verdikt gekommen. «Bei angespannter finanzieller Lage wird gekürzt oder gestrichen. Und bei guter Lage heisst es sofort, «wir dürfen das Pflänzlein nicht abwürgen>, und es wird wieder gekürzt», sagte Daniel Fischer (SP, Schaffhausen). «Es wurde immer gesagt, dass man die Leistung der Mitarbeitenden besser entlöhnen wolle», ergänzte Jürg Tanner (SP, Schaffhausen). «Doch es hat sich gezeigt, dass entweder die Zahlen falsch waren oder das Lohnsystem so kompliziert ist, dass es nicht einmal das Personalamt versteht.»

«Die Mitarbeiterbeurteilung ist ein willkürliches Instrument, das primär

Motionär «Thema ist noch nicht vom Tisch»

Von der Ablehnung der Volksmotion nicht überrascht ist Walter Vogelsanger, der Präsident des Komitees für ein gerechtes Lohnsystem mit Zukunft und Erstunterzeichner der Motion. «Ich hatte damit gerechnet», sagte der Kantonsschullehrer aus Beggingen gestern nach der Ratssitzung. Erledigt ist das Thema für ihn aber noch nicht, zumal es im Rat durchaus auch Verständnis von bürgerlicher Seite für sein Anliegen gegeben habe. Im Komitee denke man über eine Initiative nach, allerdings sei noch nichts vorbereitet. Eine weitere Möglichkeit ist ein neuer Vorstoss im Parlament: Vogelsanger wird ab Januar als SP-Vertreter selbst im Kantonsrat Einsitz nehmen. (zge)

Sparvorgaben umsetzt», sagte Urs Capaul (ÖBS, Schaffhausen). Richard Bührer (SP, Thayngen) brachte konkrete Zahlen ins Spiel: «Ob die Qualifikation sehr gut oder genügend ist, macht bei einem Monatslohn von 5000 Franken vielleicht einen Unterschied von zehn Franken aus.» Da könne man die aufwendige Qualifikation der Mitarbeiter gleich abschaffen und die Lohnsumme gleichmässig verteilen.

«Das System suggeriert, dass der Einzelne bei guter Leistung eine Entwicklung hat, die bei guter bis sehr

guter Leistung auch mal zum Maximum führt», sagte Thomas Wetter (SP, Beringen). «Aber das System funktioniert nicht.» Sollte der Rat die Motion nicht überweisen, werde das Personal sicher nicht Ruhe geben, warnte er. Patrick Strasser (SP, Neuhausen) ergänzte, dass seit 2005 zehn Millionen Franken ausgegeben worden seien, um neue Polizisten auszubilden. Dies in erster Linie, weil es angesichts des tiefen Lohnes Abgänge gegeben habe.

Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel hingegen bekräftigte nochmals, dass die Volksmotion keine gute Idee sei: Zwar sei richtig, dass für die Lohnentwicklung in den letzten Jahren nicht genügend Geld zur Verfügung gestanden sei, aber es liege ja am Kantonsrat, die entsprechenden Gelder zu sprechen. Am System selbst sei nichts falsch.

Lorenz Laich (FDP, Dörflingen) äusserte sich als einziger bürgerlicher Vertreter zur Volksmotion. Es sei problematisch, wenn Lohnansprüche gesetzlich festgehalten würden. In der Privatwirtschaft gebe es so ein System nicht. Es sei zynisch, von einer gesetzlichen Anspruchshaltung zu sprechen.

In der Abstimmung fand das Begehren keine Mehrheit. Der Kantonsrat erklärte die Volksmotion mit 31 zu 20 Stimmen als nicht erheblich. Ganz vorbei ist das Thema damit aber noch nicht. Möglicherweise kommt es nochmals aufs Tapet (siehe Kasten). Kommentar **nebenan**

Kommentar

Warum dieser Entscheid richtig war

ZENO GEISSELER

ls Angestellter in der Pri $vatwirtschaft\ kann\ man$ sich nur verwundert die Augen reiben: Beim Kanton soll es einen gesetzlichen Anspruch auf «eine angemessene Lohnentwicklung» – auf gut Deutsch: garantiertmehr Geld – geben? Selbst wenn es der Staatskasse schlecht geht, wird der Anspruch nicht sistiert, sondern bloss aufgeschoben? Dies hat die Volksmotion «Für ein gerechtes Lohnsystem mit Zukunft» gefordert. Die Regierung und gestern die Mehrheit des Kantonsrats haben diesem Anliegen nun eine Abfuhr erteilt, und dieser Ent $scheid\ war\ richtig.$

Richtig war er, weil die Staatskasse schlicht kein Geld für grosse Sprünge hat. Doch selbst wenn der Kanton schwarze Zahlen schriebe, wäre es falsch, zu einem System, das es in einer vergleichbaren Form früher einmal gab, zurückzukehren. So etwas wie eine Garantie für mehr Lohn gibt es heute einfach nirgendwo mehr. Der Staat sollte vergleichbare Arbeitsbedingungen wie die Privatwirtschaft bieten, sicher jedoch keine Luxuslösungen.

So oder so geniessen Staatsangestellte auch heute noch viele Vorteile, die in der Privatwirtschaft keineswegs selbstverständlich sind. Dazu gehört zuallererst die grosse Sicherheit der Stelle. Der Kanton wird nie ganze Abteilungen einfach so schliessen oder ins Ausland verlegen. Kein Financier kauft über Nacht die Firma auf und zerlegt sie in ihre Einzelteile. Baut der Staat trotz allem mal Stellen ab, wie im Rahmen des Entlastungsprogramms ESH3 vorgesehen, dann trifft es nur sehr wenige Personen, nicht einen grossen Teil der Belegschaft. Auch die Pensionskasse des Kantons bietet Leistungen, von denen viele Privatangestellte nur träumen können.

Dass gewisse Gruppen wenige verdienen als in anderen Kantonen, etwa junge Polizisten, ist unschön, hat aber mit dem Lohnsystem an sich nichts zu tun. Es liegt in der Hand des Parlaments, die entsprechenden Gelder zu sprechen, also anderswo einzusparen, um hier für einen Ausgleich zu sorgen.

Umstrittene Renaturierung von Gewässern

Von ihrem Betonbett befreite

Bäche sind ökologisch wertvoller. Doch wer bezahlt die Renaturierung? Darum ging es gestern im Kantonsrat.

VON ZENO GEISSELER

320 Kilometer lang ist das Gewässernetz im Kanton Schaffhausen. Dazu gehören mächtige Flüsse wie der Rhein genauso wie kleine und kleinste Bäche. Schweizweit gibt es Bestrebungen, die Gewässer zu renaturieren, sie also zum Beispiel aus ihrem Betonkorsett zu holen. Seit dem letzten Jahr gelten ein neues eidgenössisches Gewässerschutzgesetz und eine Verordnung. Die Kantone sind nun daran, ihre lokalen Bestimmungen anzupassen. Gestern hat der Kantonsrat die entsprechende Teilrevision des Wasserwirtschaftsgesetzes behandelt.

Das Thema war von Anfang an heftig umstritten. Bereits die vorberatende Kommission unter der Leitung von Bernhard Egli (ÖBS, Schaffhausen) hatte Mühe mit dem Vorhaben. In der gestrigen Debatte wurde deutlich, dass es mehrere Kritikpunkte gab, die zum Teil nur wenig mit der kantonalen Vorlage zu tun hatten. Die SVP/JSVP/ EDU-Fraktion etwa kritisierte die Definition der Gewässerräume in der Verordnung des Bundes.

Zentral war aber vor allem die Frage nach der Verteilung der Kosten. Laut Vorlage der Kommission hätten nämlich für Gewässer der dritten Klasse, also für kleine Bäche, die Grundeigentümer für den Unterhalt und die Pflege von renaturierten Gewässern aufkommen sollen. Alfred

Tappolet (SVP, Schaffhausen) sprach von «moderner Enteignung» und von einer Ungleichbehandlung der Landwirte: «Die Gemeinde beschliesst die Renaturierung, aber der Private muss nachher den Unterhalt bezahlen, das kann doch nicht sein.» Er beantragte, diesen Passus zu streichen, was der Rat einstimmig annahm.

Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag Beat Hedingers (FDP, Wilchingen), dass der Kanton die Gemeinden fachlich und finanziell bei der Konzeptionierung und Planung von Revitalisierungsmassnahmen unterstützt.

Mögliche Standesinitiative

Bernhard Müller (SVP, Thayngen) sagte, dass Schaffhausen überhaupt zu früh sei mit der Umsetzung. «Schaffhausen ist weit und breit der erste Kanton, der das noch nicht einmal abgesegnete Bundesgesetz bereits einbaut.» Das sei vorauseilender Gehorsam. Müller sprach weiter davon, dass man sich überlegen müsse, ob man nicht per Standesinitiative eine Lockerung der strengen Bundesvorschriften erreichen solle. Die Diskussion entfernte sich in der Folge mehr und mehr von der Vorlage selbst und artete in eine Grundsatzdebatte über die Rolle der Landwirtschaft und die wachsenden Einflüsse von aussen aus. Erich Gysel (SVP, Hallau) etwa rief in den Saal: «Im Ökosystem hat es für Erwachsene und Kinder keinen Platz mehr, sondern nur noch für die Chäferli!», worauf Urs Capaul (ÖBS, Schaffhausen) entgegnete, «Chäferli regen zum Denken an und tragen zur Entwicklung der Kinder wesentlich mehr bei als Asphaltflächen.»

Das Geschäft geht nun zur Vorbereitung der zweiten Lesung in die Kommission zurück.